



„ACAB“ – EIN BELEIDIGENDES PHÄNOMEN

Grundsätzlich Strafantrag des Präsidenten

Die GdP-Bezirksgruppe Trier bot die Plattform für einen fachlichen Austausch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft. Die wichtigste Botschaft: „Wir sollten miteinander sprechen.“

Der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Jürgen Brauer setzte bei einer GdP-Veranstaltung in Trier durch seine Anwesenheit und seine Aussagen wichtige Signale.



V. l. n. r.: Kreisgruppenvorsitzender Reinhard Klein, LOStA Dr. Jürgen Brauer, Bezirksgruppenvorsitzender Elmar Moreth

In der gut besuchten Veranstaltung, an der auch Polizeipräsident Lothar Schömann, der Leiter des Führungsstabes, Erich Wolff, sowie der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach und der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, Josef Schumacher, teilnahmen, stellte Dr. Brauer klar, dass es eine schwierige Aufgabe sei, den persönlichen Ehrschutz zu gewährleisten. Die Mehrzahl der Anzeigen nach § 185 StGB würden eingestellt, weil entweder das öffentliche Interesse fehle oder das Recht der Meinungsfreiheit vorgehe.

... wer den Kopf hinhält

Allerdings würden Anzeigen von Polizeibeamten, die in Zusammenhang mit einer dienstlichen Handlung begangen werden, regelmäßig verfolgt. Deutlich wurde auch, dass die Staatsanwälte in Trier wissen, wer den Kopf an vorderster Front hinhält und dass alle Kolleginnen und Kollegen ihrer Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft Trier sicher sein können.

Dabei müsse die Staatsanwaltschaft selbstverständlich die höchstrichterliche

Rechtsprechung beachten. Danach ist eine gegen ein Kollektiv (z. B. alle Polizeibeamte) gerichtete Provokation, nicht strafbar!

Den Unmut der Kolleginnen und Kollegen hatte ein Fall hervorgerufen, in dem ein Autofahrer seine Heckscheibe mit einem großen „ACAB“-Aufkleber versehen hatte. Alleine das reichte für eine Bestrafung nicht aus.

Die GdP-Bezirksgruppe Trier hatte den Unmut der Kolleginnen und Kollegen in einem Flugblatt zum Ausdruck gebracht und sich dabei auf einen ähnlichen Fall berufen, der in Stuttgart zu einer Verurteilung geführt hatte.

Auch Polizistinnen und Polizisten stehen unter dem Schutz des Artikels 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

Fazit der Diskussion: Die Beleidigung muss **individualisierbar** und damit an einen bestimmten Personenkreis gerichtet sein. Dies zu beurteilen bleibt jedem Einzelfall überlassen. Je konkreter der Vorwurf, desto höher die Wahrscheinlichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung.

Dr. Brauer führte einen weiteren Fall an, in dem eine Anklage erfolgreich war. Ein Fußgänger hatte zwei Polizeibeamten über die Straße „ACAB“ zugerufen. Dr. Brauer: „Sie dürfen sich nicht daran stören, dass es im vorliegenden Falle nur 250 Euro waren, Sie müssen die Zahl der Tagessätze sehen, und das dürften auch hier 25 gewesen sein.“

Ernst Scharbach, GdP-Landesvorsitzender, wies darauf hin, dass „ACAB“ ja nur eine Ausprägung insgesamt verrohen der Sitten und Beleidigungen sei. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine Polizeieinsatzleiterin lauthals im Stadion massiv beleidigt werde und die Fan-Szene die Polizei zum Feindbild Nummer 1 mache. Mit der Beleidigung fange die Gewalt gegen Polizeibeamte an.

Schwierig seien Untersuchungen auf Grund der jetzigen Aktenlage. Zwar seien Widerstandsdelikte auf Grund der Statistik feststellbar. Aber Körperverletzung gegen Polizeibeamte können auf Grund der erhobenen Daten schon nicht mehr weiter untersucht werden.

„Wenn eine Anzeige Aussicht auf Erfolg verspricht“, so Dr. Brauer, „klagen wir an! Das sieht man auch an einer Auswertung zum § 113 StGB meines Hauses. Es wurden 60% der Anzeigen angeklagt, hinzu kommt noch ein hoher Prozentsatz an Einstellungen nach Zahlung einer Geldbuße! Der Stellenwert im Vergleich zum sonstigen Fallaufkommen wird klar, wenn man weiß, dass durchschnittlich nur 20% der Fälle angezeigt werden!“

Dr. Brauer erläuterte weiter, dass er gemeinsam mit PP Schömann Schritte zur effektiveren Bearbeitung von Delikten gegen Amtsträger eingeleitet habe. So wurde in der Staatsanwaltschaft Trier ein gesonderter Dezernent eingesetzt, der sich ausschließlich mit derartigen Delikten befasse.

Im PP Trier wird die beschleunigte Bearbeitung, die Bündelung der Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, intensiv betrieben. „Ich stelle grundsätzlich Strafantrag, es sei denn, der Beschuldigte war erkennbar schuldunfähig, oder Jugendlicher. Hier entscheide ich im Einzelfall“, so Polizeipräsident Lothar Schömann.

Staatsanwälte sind nicht Feinde der Polizei

Nochmals wiederholte Dr. Brauer, was er im kleinen Kreis schon vorgetragen hatte. „Sie müssen keine Flugblätter schreiben. Sprechen sie mit uns, denn Staatsanwälte sind nicht der natürliche Feind von Polizeibeamten!“

Bezirksgruppenvorsitzender Elmar Moreth resümierte abschließend:

„Die GdP wird sich weiter für die Wahrung der Grundrechte von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einsetzen und Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen immer wieder anprangern.“



Austausch in schwieriger Zeit



Die Referenten der Polizeiabteilung um den Abteilungsleiter Joachim Laux (7. v. r.) beim Austausch mit der GdP-Delegation um den Vorsitzenden Ernst Scharbach (Dritter von rechts).

Die „Optimierung“ der Organisation wurde beim diesjährigen Jahresgespräch der GdP mit der Polizeiabteilung weitgehend ausgeklammert, da sie Gegenstand der Erörterung mit dem Innenminister werden sollte – siehe Seite 6 dieser DP.

Jeder Referent/jede Referentin stellte seine gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkte dar. Es gab hinreichend Gelegenheit für Nachfragen und Anmerkungen der GdP-Delegation.

Hier werden einige ausgewählte Gesichtspunkte erwähnt; das mit der Abteilung abgestimmte Ergebnis-Papier erhalten die Kreisgruppen als PDF.

341 – Dr. Martina Baunack

Gemäß § 100 POG steht die Evaluation von POG-Maßnahmen mit besonderer Eingriffstiefe an. Es wurde eine externe Stelle (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer) beauftragt.

Bußgeldstelle: Vor weiteren Entscheidungen wird der Prüfbericht des Rechnungshofes abgewartet.

Margarethe Relet weist auf divergierende Vorstellungen zu Art und Weise der Zentralisierung der Bußgeldstellen hin. Ernst Scharbach betont, dass die EDV-Anwendung den kommunalen Bußgeldstellen zur Mitnutzung angeboten werden sollte.

342 – Rainer Leubecher

Neu ist, dass die Polizei mit einem eigenen Auftritt in sozialen Netzwerken um Nachwuchs werben will.

Ernst Scharbach erinnert an den zwei Jahre alten Vorschlag der GdP, BOS-Absolventen gezielt für die Polizei zu werben.

Für eine weitere Anhebung bei den Einstellungen (Stichwort familienpolitischer Zuschlag) gibt es in der Polizeiabteilung

kein positives Signal. Die GdP-Vertreter weisen darauf hin, dass sie im parlamentarischen Raum noch für ein „Familienpolitisches plus Y“ werben und bitten um argumentative Unterstützung

Frau Holzamer ist in Abstimmungsgesprächen mit den Berufsvertretungen zur Novellierung der LaufbahnVO – Polizei – das läuft einvernehmlich.

Bernd Becker erkundigt sich nach dem Fortgang in Sachen ErschwerniszulVO. Herr Leubecher sagt zu, im Finanzministerium nachzufragen.

343 – Michael Denne

Die E-Fußfessel verursacht erste Probleme in der Praxis. Klärende Gespräche mit dem MJV laufen.


Bei VISIER zeichnet sich der Kompromiss ab, dass allgemeine Gewalttäter „drin bleiben“, aber nur solche, die zu drei Jahren Freiheitsstrafe und mehr verurteilt und/oder unter Führungsaufsicht gestellt wurden.

Mit den Staatsanwaltschaften soll das Thema Rationalisierung von Ermittlungen vorangetrieben werden.

Migrantinnen und Migranten hegen angesichts der Ermittlungsspannen und der unentdeckten Mordserie erhebliches Misstrauen gegenüber der Polizei. Vertrauensbildende Maßnahmen sind eingeleitet und weiterhin erforderlich.

344 – Werner Blatt

Dem Thema Gewalt gegen Polizeibeamte werde nach wie vor große Bedeutung beigegeben. Einige Schwachstellen auf

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rlp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rlp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Entgeltordnung – was ist das?

Polizeiseite bei der Bearbeitung – beispielsweise von Widerstandsdelikten – seien identifiziert und würden beseitigt. Die Verfahrensweise der Staatsanwaltschaften werden in aller Sachlichkeit hinterfragt.

Es wird diskutiert, inwieweit die Leiter der BuE sich zu einem Strafantrag durch die Behörde entschließen sollten. Ergebnis: Niederschwellig, da sonst die Gefahr besteht, dass die StA den Vorfall als Konflikt zwischen zwei natürlichen Personen wahrnimmt und beispielsweise meint, durch Einstellung von Anzeige und „Gegenanzeige“ Rechtsfrieden herstellen zu können.

345 – Manfred Bublies

Bis Ende des Jahres soll im ganzen Land der Digitalfunk in Betrieb sein und das TKÜ-CC in die AAO übernommen werden.

Der Schutz der eigenen IT-Infrastruktur gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Für die Fahrzeugflotte steht weniger Geld zur Verfügung. Es wird in diesem Jahr den Einstieg in die E-Mobilität geben. Die Fahrzeuge sollen zur Kostenersparnis mehr als bisher standardisiert beschafft werden.

In den Kfz-Werkstätten sollen noch Synergien gehoben werden. Es geht dabei in erster Linie um die Frage, ob und wie noch mehr selbst erledigt werden kann.

346 – Johannes Kunz

Die Re-Auditierung des Bachelor steht an. In diesem Zusammenhang sei die Qualität der Praktika in Frage gestellt worden.

Ernst Scharbach und Bernd Becker melden zurück, dass es höchstens im Einzelfall Schlechtleistungen bei Praxisanleitern geben mag, dass insgesamt aber ein sehr positives Echo zu vernehmen sei.

Die Fortbildung soll noch viel mehr als bisher mit den Kooperationsländern HE, BW und SL vernetzt werden.

Die externe Überprüfung der polizeilichen Datenverarbeitungssysteme hat gezeigt, dass an einigen Stellen nachgearbeitet werden muss.

Steffi Loth erkundigt sich nach dem Stand der Telearbeit. Es können möglicherweise nicht alle Bedenken des LfD zerstreut werden, man arbeite aber daran.

347 – Dr. Rita Wirrer

Das Land kommt bei den Auslandseinsätzen seiner Verpflichtung nach dem Königsberger Schlüssel nach. Es gibt keinen Bewerbermangel.

Ernst Scharbach weist darauf hin, dass der HPRP eine zunehmend kritische Hal-

Zum Thema Entgeltordnung – was ist das und für wen hat sie Auswirkungen – reist die stellvertretende Landesvorsitzende Margarethe Relet derzeit durch das Land.

Die Entgeltordnung löst die bisherigen Eingruppierungsregeln nach der Vergütungsordnung (für ehem. Angestellte) und dem Lohngruppenverzeichnis (für ehem. Arbeiterinnen und Arbeiter) ab. Für bestimmte Beschäftigtengruppen kann die EGO zu einer besseren Eingruppierung führen. Um die Kolleginnen und Kollegen vor Ort darüber zu informieren, bietet Margarethe Relet Info-Veranstaltungen an oder führt im Rahmen von Sprechstunden persönliche



Michael Schenkelberg und Margarethe Relet tragen beim LKA zum Thema Entgeltordnung vor.



Jens Paulus bei der Beratung vor Ort im Geschäftszimmer mit den Kolleginnen Andrea Bauß (sitzend) und Silke Stein.

Gespräche mit Betroffenen. Bei der ZPT, der PD Pirmasens, dem PP Westpfalz, dem LKA und der LPS fanden bereits Veranstaltungen statt, die rege besucht waren. Auch in Teilpersonalversammlungen wurde den Tarifbeschäftigten die EGO vorgestellt, u. a. beim PP Rheinpfalz durch die Kollegin Isabel Sorg und den Kollegen Hermann Schindwein. Vor dem Hintergrund, dass die Personalstellen keine Beratungspflicht haben und die Beschäftigten sich selbst „kümmern“ müssen, ist die Nachfrage nach Informationen sehr groß. Ein GdP-Tarif-Seminar am 23. und 24. April 2012 bietet die Möglichkeit, noch tiefer in dieses Thema einzusteigen. Anmeldungen hierzu bei der GdP-Geschäftsstelle.

tung gegenüber Auslandseinsätzen entwickelt. Er bittet darum, die Gefährdungssituation in den Einsatzländern im Auge zu behalten.

348 – Philipp Römer

348 will durch Standardisierung von Gebäuden Einsparungen erzielen, ebenso bei der Bekleidung – länderübergreifend.

Helmut Knerr und Ernst Scharbach thematisieren die geplante Schließung des Bepo-Standortes Schifferstadt und den Sicherungsdienst an den Bepo-Liegenschaften.

Der Polizeikurier wird auf Online umgestellt. Start im März.

Bei der Wohnpauschale ist die Teilnahmequote bei den Mietverträgen bei ca.

80%, dagegen zeichnet sich bei der Verpflegung auf dem Hahn eine drastische Senkung auf ca. 30% ab. Den Planungsstand des Finanzministeriums/LBB zum Thema Parkraumbewirtschaftung will Herr Römer im FM erfragen. Sollte seitens des LBB von den Beschäftigten eine Parkgebühr erhoben werden, hat er die Absicht, diese Flächen zu entmieten.

Die Gesundheitswirtin Frau Rotter hat aus persönlichen Gründen gekündigt. Es ist angedacht, zum Juni Frau Marlen Marko einzustellen. Frau Marko wird bereits vorher stundenweise einbezogen.

Bernd Becker weist darauf hin, dass die GdP sich für eine weitere Institutionalisierung der BGM in der Polizei einsetzen wird (Arbeitstitel: Leitstelle Behördliches Gesundheitsmanagement).



MENTORINGPROGRAMM DER GdP-FRAUEN

Zu zweit zum Ziel

Für beide Seiten soll es etwas bringen. An dem im Januar gestarteten Mentoring-Projekt der Bundesfrauengruppe nehmen für Rheinland-Pfalz Barbara Huwer von der BG Trier und Josef Schumacher teil.

Sie bringt das Wissen um den Spagat zwischen Dienst, Familie und Ehrenamt mit, er sein Fachwissen aus der Gewerkschaftsarbeit in diversen Gremien in der GdP und vor allem im Landesvorstand.

Beide trafen sich im Januar in Berlin zur Auftaktveranstaltung. Hier wurde das von der Hesselbach-Stiftung finanzierte Projekt erläutert und ein gemeinsamer Fahrplan abgesteckt.

Dazu Barbara: Mein Ziel ist es, in den 18 Monaten möglichst viele Facetten der Gewerkschaftsarbeit kennenzulernen, um am Ende für mich festzustellen, wie und in welchem Rahmen ich mir eine aktive Mitarbeit vorstellen kann.

Und Josef: Ich werde versuchen, Bar-



Barbara Huwer und Josef Schumacher bei der Auftaktveranstaltung in Berlin.

bara möglichst viele Einblicke zu geben, in das was ich mache und was die GdP macht. Hierbei müssen wir natürlich darauf achten, sie zeitlich nicht zu überfordern. Aber am Ende würde es mich sehr freuen, sie für die Gewerkschaftsarbeit zu begeistern.

KURZ & KNACKIG

■ Gerichtstermin in Elternzeit gut geregelt

Die GdP-Kreisgruppe Koblenz hatte den einschlägigen Fall eines hilfesuchenden Kollegen an das ISIM herangetragen.

Die Auskunft von Frau Holzamer aus der Polizeiabteilung ist eindeutig: Für dienstlich begründete Gerichtstermine während der Elternzeit gilt die Regelung für den Erholungsurlaub analog: Es gibt einen Tag Urlaub und es besteht Dienstunfallschutz.

■ 15 Mio. Euro als Ausgleich für Bußgeldstellen

Wie aus gut unterrichteten kommunalen Kreisen verlautet, werden die Landkreise und kreisfreien Städte im Gegenzug für die Zentralisierung der Bußgeldstelle bei der Polizei jährlich 15 Mio. Euro Ausgleichszahlung aus dem Polizeihaushalt erhalten.

FACHAUSSCHUSS TARIF

Alles Gute für „Inge Roscht“

Im Rahmen der jüngsten Sitzung galt es, ein weiteres „Urgestein“ des Fachausschusses in das Rentnerinnen-Dasein zu verabschieden.

Mit den Worten: „Liebe Inge, it's Time to say goodbye“ bedankte sich die Vorsitzende bei Inge Rost, die als langjährige Vertreterin für das LKA konstruktiv im Gremium mitgearbeitet hat. Inge Rost – auch viele Jahre stellvertretende Vorsitzende des Personalrates LKA – war seit Ende der 80er-Jahre die Ansprechpartnerin für Tarifbeschäftigte und Eingruppierungsfragen, insbesondere für den speziellen Bereich des LKA.

Vorbildlicher Einsatz

Ihre Ausdauer und ihre Nachhaltigkeit führten in vielen Fällen zum Erfolg und ihr Einsatz für die Beschäftigten war vorbildlich. Bei der Behördenleitung und dem Kollegium hat sie sich großen Respekt und Anerkennung erarbeitet. Ihr großer Schatz an Lebenserfahrung und



Anne Knewitz (links) überreicht ein Geschenk zum Abschied an Inge Rost.

ihre fachliche Qualität werden dem Fachausschuss künftig fehlen. Die Kolleginnen und Kollegen überreichten ein kleines Dankeschön und wünschten ihrer „Inge Roscht“ für die Zukunft alles erdenklich Gute. **Michael Schenkelberg** wird als Nachfolger zukünftig das LKA im Fachausschuss vertreten.

FRAUEN IN DER BG KO

Essenzielle Themen



V. l.: Martina Müller, Antje Hummel, Corinna Schorn

Für den 1. Februar 2012 hatte die Frauengruppe Koblenz zum Stammtischtreffen in die Vulkanbrauerei Mendig geladen.

Bei guter Stimmung wurden essenzielle Themen (z. B. Elternzeit und Teilzeit) besprochen. Gast **Achim Eggert** berichtete zu aktuellen Themen wie z. B. zum Sachstand der „Optimierung der Polizei“. Zum nächsten Frauengruppentreffen der BG Koblenz werden wir im Frühjahr einladen.



INTERNATIONALER FRAUENTAG

101 Jahre und kein bisschen müde

Der Internationale Frauentag jährte sich dieses Jahr schon zum 101. Mal. Grund genug, Frauen zusammenzuholen und über aktuelle Themen zu sprechen. Kleinere Aktionen gab es im ganzen Land, Kolleginnen wurden an ihren Arbeitsplätzen aufgesucht und informiert, kleine Präsente fanden sich in den Fächern der Abwesenden.

An den größeren Standorten wie in Koblenz, Worms und Mainz war der Frauentag Anlass zu Frauen-Treffen, wo sich rege ausgetauscht wurde. In Mainz wurden Themen wie die aktuelle politische Diskussion um die Quote in den Aufsichtsräten beleuchtet sowie die Besoldung/Eingruppierung von Frauen anhand des Frauenförderplanes des Präsidiums. Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – gerade im PP Mainz und auch in Führungsfunktionen – kamen zur Sprache. Ebenso die Erfahrungen einer deutschen Polizistin beim Auslandseinsatz in Afghanistan und die Situation der Frauen in diesem von muslimischen Traditionen geprägten Land.

Vor dem Hintergrund der nächsten Personalratswahl wurde auch die Vertretung der Frauen in diesen Gremien angesprochen. Nur wenn dort genug Frauen mitmachen, wird dort auch für Frauen gedacht und entschieden



Frauentreffen in Mainz: Thema war unter anderem der Auslandseinsatz einer Kollegin in Afghanistan.



Beim Frauenfrühstück in Koblenz ist traditionell auch PP Horst Eckhardt zu Gast. Links stehend Organisatorin Iris Michel

Frauenfrühstück in Koblenz

Es ist schon guter Brauch: Das Frauenfrühstück der GdP-Kreisgruppe PP/PD Koblenz anlässlich des internationalen Frauentages.

Wie in jedem Jahr nutzten die Frauen der Kreisgruppe Koblenz den Gedenktag um zusammenzufinden, Gedanken und Erfahrungen auszutauschen und auch um sich einfach mal näher kennenzulernen.

Dem Aufruf waren 29 Kolleginnen gefolgt, die sich für kurze Zeit von ihrer Arbeit auf den Dienststellen frei machten, um sich über gewerkschaftliche Themen auszutauschen und gemeinsam der Frauenbewegung zu gedenken.

Polizeipräsident **Horst Eckhardt** begrüßte die Kolleginnen und ging kurz auf

die gestiegene Präsenz der Frauen in der Polizei aber auch auf deren Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen ein. **Iris Michel**, die stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende, begrüßte mit **Sandra Scholtyssek** eine der neuen Gleichstellungsbeauftragten des Polizeipräsidiums Koblenz. Frau Scholtyssek und **Manuela Gilles** haben ihre Aufgabe zum 1. 1. 2012 neu übernommen. Sie nutzte die Gelegenheit, sich und ihre Kollegin den Teilnehmerinnen vorzustellen.

Ein weiterer Gast war **Margarete Relet**, die stellv. Landesvorsitzende der

GdP und Vertreterin des HPR. In einem Überblick berichtete sie über die anstehenden Fragen und Probleme, denen sich die Kolleginnen und die Gewerkschaft im Besonderen gegenübersehen.

Reges Interesse

Ihr Vortrag stieß auf reges Interesse bei den Frauen, denen die Veranstaltung sehr zusagte. Fazit für Veranstalter und Teilnehmerinnen: „Wir freuen uns auf nächstes Jahr!“

Steffi Loth / Iris Michel



Das ISIM „macht es einfach“: Ohne den Hauptpersonalrat

Sämtliche Maßnahmen zur „Optimierung“ der Polizeiorganisation, die Verlagerung der IHWZ (Internationalen Hochwasserwarnzentrale) in das Lagezentrum des ISIM und die Dauerabordnung von BePo-Kolleginnen und -kollegen von Mai bis Oktober hatte der Hauptpersonalrat dem Innenministerium zur Erörterung im Beteiligungsverfahren angetragen.

In den inhaltlichen Fragen kam es zu einer Wiederholung der Standpunkte beider Seiten, nicht aber zu nennenswerten Bewegungen.

Bereitschaftspolizei

Es bleibt demnach bei den Schließungsplänen für den BePo-Standort Schifferstadt und bei dem umstrittenen Bewachungskonzept unter Einbindung von Polizistinnen und Polizisten.

BAB

Die Polizei-Autobahnstationen Fernthal, Wattenheim, Emmelshausen, Kaisersesch und Mendig werden aufgelöst.

Der zuständige Referent Philipp Römer erläuterte, dass der LBB dabei sei, das Grundstück für eine PAST am Koblenzer Kreuz zu erwerben. Bis Ende 2013 sei geplant, diese neue Dienststelle fertigzustellen. Es sei nur ein Zweckgebäude für eine PAST vorgesehen. Eine Lösung für die Raumprobleme und das Schieß- und Einsatztraining beim PP Koblenz ist also auf diesem Wege nicht zu erwarten.

Die PAST Kaisersesch werde bereits vor Fertigstellung des Gebäudes mit Mendig zusammengeführt, Emmelshausen nach Fertigstellung.

Vorschläge, in Fernthal eine Anlaufstelle zu erhalten, wurden abgelehnt.

Hinweise auf die günstige Miete in Wattenheim gegenüber den Kosten bei einem Anbau in Ruchheim stießen nicht auf Beachtung.

Kriminalpolizei

Alle Bündelungsvorhaben bei der Kriminalpolizei werden umgesetzt. Wie das im Einzelnen dann aussehen wird, wurde den HPRP-Teilnehmern nicht endgültig klar. Bis „Herbst oder Anfang kommenden Jahres“ sollen die Entscheidungen ge-

fallen und alles genau beschrieben sein; teilweise wird es noch erforderlich, in Arbeitsgruppen die Feinheiten festzulegen. Wegen der komplexen Thematik wurde eine schriftliche Beantwortung der vom HPRP ausführlich und schriftlich vorbereiteten Fragen in Aussicht gestellt.

Umsetzungsfragen

Die von der GdP angeregte „organische Umsetzung“ der anstehenden Struktur- und Personalmaßnahmen scheint durch das ISIM aufgegriffen zu sein. Personalreferent Rainer Leubecher erläuterte, dass die Instrumente „amtsangemessene Verwendung“ und „Umsetzung“ genutzt werden könnten, bevor dann frei bleibende Stellen ausgeschrieben würden. Es werde auch einen Zeit-

korridor zur Umsetzung geben, der aber nicht endlos sei.

Rationalisierungsschutz

Minister Roger Lewentz wies darauf hin, dass insbesondere bei den Tarifbeschäftigten darauf geachtet werde, dass keine unververtretbaren Härten entstünden.

Erwiderung des HPRP geplant

Ernst Scharbach weist darauf hin, dass die Erörterung längst nicht alle Argumente berücksichtigen konnte, erst recht nicht der vorliegende kurze Ergebnisbericht.

Der HPRP werde – so Scharbach – zu jedem einzelnen Punkt eine Erwiderung fertigen und die Ablehnungen klarstellen und begründen.

KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

150 „Hinausgeschobene“

Aus der Sitzung des HPRP am 6. 3. 2012 wird wie folgt berichtet:

Regressnahmen

In zwei Fällen von Regressnahmen nach Beschädigung von Dienstfahrzeugen beim PP Westpfalz wurden Einigungsgespräche durchgeführt. In einem Fall stellt der HPRP in Frage, dass ein Schaden entstanden ist. In beiden Fällen werden Vorwürfe als nicht belegt kritisiert.

Kradfahrerkleidung

Der HPRP vertritt die Auffassung, dass die Umstellung von „grün“ auf „blau“ sukzessive erfolgen sollte und nicht auf einen Schlag. Es muss aber alsbald begonnen werden, weil „grün“ weitgehend aufgebraucht ist.

Kraftfahrzeuginstandhaltung

Der zuständige Referent, LPD Manfred Bublies, erklärt dem Gremium, das Ziel eines erneuten Projektes sei, möglichst viele Reparaturen und Pitstops selbst in Polizeiwerkstätten zu erledigen. Der HPRP besteht darauf, dass das Projekt mit offenem Ergebnis angegangen wird. Zentralisierung und Trägerschaft

dürften nicht vorentschieden werden. Herr Bublies sagt zu, die vorliegenden Zielformulierungen entsprechend abzuändern und den eigentlichen Projektauftrag erneut dem HPRP vorzulegen.

Hinausschiebung Ruhestandsbeginn

In 14 Fällen hat der HPRP dem Hinausschieben des Ruhestandsbeginns zugestimmt. Damit sind insgesamt ca. 150 Kollegen in der „Nachspielzeit“.

Stark, sicher, kompetent!



Gewerkschaft der Polizei

Bußgeldstellen

Der Leiter des Organisationsreferates, Herr Krüger, stellt den Sachstand des Projektes Zentrale Bußgeldstelle vor. Zwischen ISIM und HPRP ist die Anbindung der verschiedenen Standorte strittig. Der HPRP präferiert die dienstaufsichtliche Anbindung an die jeweiligen Standortpräsidien. Der HPRP hinterfragt Qualitäts Gesichtspunkte in anspruchsvollen Arbeitsbereichen wie Vermögensabschöpfung oder Gefahrgut-/Schwerverkehrsdelikten.

Margarethe Relet / Ernst Scharbach



**BEFÖRDERUNG AM 18. MAI 2012 ?
BEURTEILUNG ?
DISZIPLINARVERFAHREN ?**



**Kompetente Beratung und erfolgreiche
Vertretung durch**

Rechtsanwalt Johannes Hock

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15

55129 Mainz

Tel.: 0 61 31-4 62 26

Hotline: 01 71-3 71 91 72

21,5 %^{*}



www.psw-neufahrzeuge.de

* für GDP-Mitglieder



AUSGEZEICHNET

Ehrung für Werner Burkard



Werner Burkard, ehem. öPR-Vorsitzender PD Ludwigshafen und stellvtr. KG-Vorsitzender PP Vorderpfalz, wurde am 16. 1. 2012 von Staatssekretärin Heike Raab mit der Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienst der Gemeinschaft ausgezeichnet. Bis zur Neuorganisation '93 war er Kreisgruppen- und Personalratsvorsitzender in Frankenthal. '93 wurde er stellv. Vorsitzender der Kreisgruppe Vorderpfalz. Bis 2002 war Kollege Burkard stellv. Vors. des Personalrates in der PD Ludwigshafen, danach bis zur Pensionierung Vorsitzender. Auch die GdP sagt Danke und gratuliert herzlich.

GEHOLFEN

Polizeieinsatzleuchte

Der Kollege Jörg Blecker von der PI Betzdorf erinnert uns daran, dass man gelegentlich auch einmal Erreichtes erwähnen sollte:

Hallo Bernd, ich habe heute eine LED-Lenser-Einsatzleuchte erhalten. Die von euch im letzten Jahr gesteuerte Veröffentlichung meines Plädoyers mag dazu beigetragen haben. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben, dass der Wechselschichtdienst nun doch nicht im Dunkeln tappen muss, auch den Verantwortlichen im ISIM.

Lieber Jörg, dein sehr eindringlicher Text hat ganz sicher ein gutes Stück zum Gelingen beigetragen. Deshalb auch dir ein ganz herzliches Dankeschön.

Schöne Grüße, Bernd Becker



Der Kollege Stefan Bleidt von der PI Straßenhaus freut sich über die neue Einsatzleuchte.

PI SIMMERN GEWINNT



Gerhard Schommer (links) von der PI Simmern hat im Silvester-Nachtdienst an der GdP-Verlosung teilgenommen. Seinen Preis, ein hochwertiges Leatherman-Tool, übergibt GdP-Vertrauensmann Bernd Hoffmann.

GRATULATION ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Hans-Joachim Buck, KG Westerwald/Rhein-Lahn

75 Jahre

Georg Tabellion, KG PD Pirmasens
Peter Vogt, KG PP/PD Koblenz
Rolf Spurk, KG PP/PD Koblenz
Hans Lauer, KG Vorderpfalz

85 Jahre

Karl Paulus, KG PP Trier
Ernst Flackus, KG PP/PD Koblenz

WIR TRAUERN UM:

- Doris Schützek**, 58 Jahre
Ehefrau von Koll. Wilfried Schützek,
KG NR Neuwied/Altenkirchen
- Elvira Geiger**, KG PP Westpfalz, 88 Jahre
- Else Stein**, 87 Jahre
Ehefrau v. Koll. Hermann Stein,
KG PP/PD Koblenz
- Jürgen Mechtel**, KG PD Wittlich, 62 Jahre
- Hubert Rost**, KG Vorderpfalz, 63 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

- Hans-Werner Merzhäuser**, KG Südpfalz
- Heinrich Franzkowski**, KG Vorderpfalz
- Stefan Dengler**, KG PD Trier

Die GdP wünscht alles Gute und viele gesunde Jahre

